

Mittwoch, 22. Juli 2026, Höchster Kreisblatt - Main-Taunus-Kreis / Hofheim · Main-Taunus

ZUR PERSON

„Ein Kleid geschneidert, das uns zu groß ist“



Norbert Altenkamp. © Barbara Schmidt

Seit 2017 vertritt Christdemokrat Norbert Altenkamp den Main-Taunus-Kreis als direkt gewählter Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Im Sommerinterview mit HK-Reporterin Barbara Schmidt äußert er sich zu einigen aktuellen Themen.

Herr Altenkamp, vor der Sommerpause ging es im Bundestag noch einmal richtig hitzig zu, als das Beitragssatzstabilisierungsgesetz beschlos-

sen wurde. Haben Sie Reaktionen darauf aus dem MTK – Ihrem Wahlkreis?

Norbert Altenkamp: Bei allen Reformen, die jetzt angestanden haben und noch anstehen, gibt es Reaktionen. Was mich dabei wundert, ist, dass sich viele an solchen Massenmail-Aktionen beteiligen, bei denen man gar nicht mehr wirklich beurteilen kann: Ist das wirklich der Wahlkreis oder ist das eine orchestrierte Kampagne?

Die überschwemmen dann Ihr Postfach?

Ja, das ist schon noch einmal deutlich mehr geworden gegenüber den letzten Jahren, als sich die Leute noch bemüht haben, mal selber eine E-Mail zu schreiben. Das Individualisierte ist deutlich auf dem Rückzug, Masse ist dort eher der Punkt.

Und alle Reaktionen sind negativ?

Ja, klar. Nicht geschimpft ist schon gelobt.

Auch die Kommunen beklagen sich in Richtung Berlin, weil sie finanziell auf dem letzten Loch pfeifen. Sie sind Mitglied der kommunalpolitischen Arbeitsgruppe der Regierungsfraktion CDU. Wie reagieren Sie auf die Hilferufe von der Basis?

Wir haben jetzt erst noch einmal ein Vier-Milliarden-Euro-Paket für die Kommunen geschnürt, auch in Zusammenarbeit mit den Ländern. Und wir haben aus dem sogenannten Infrastrukturfonds – Sondervermögen nenne ich so etwas nicht – ja auch 100 Milliarden für die nächsten Jahre bereitgestellt. Alles steht und fällt am Ende natürlich mit den Bemühungen, aus der Stagnation wieder in ein Wirtschaftswachstum zu kommen, so dass dann auch die kommunale Familie wieder mit steigenden Einnahmen zu rechnen hat.

Wie viel Schuld an der Misere sehen Sie denn bei den Kommunen selbst?

Also, ich halte nichts davon, so nach dem Motto zu agieren: Wer ist mehr schuld als der andere? Grundsätzlich haben wir uns in unserem Land an vielen Stellen auch ein Kleid geschneidert, das uns zu groß ist.

Das heißt, wir leben in Deutschland über unsere Verhältnisse?

Na ja, grundsätzlich glaube ich schon, dass wir die Neigung haben, nicht zuerst zu fragen: Auf was können wir verzichten? Die grundsätzliche Überlegung ist häufiger: Was kann man Zusätzliches tun? Aber da wir in einer Stagnationsphase sind, müsste es eigentlich heißen: Zurück, marsch, marsch!

Es lässt sich aber doch nicht leugnen, dass die Kommunen vom Bund immer mehr Aufgaben erhalten haben. Dabei haben die Kommunen aber nur begrenzte Möglichkeiten, die eigene Einnahmesituation zu verbessern. Sie waren selbst lange Bürgermeister. Ist der Schlüssel, nach dem die Einkommenssteuer verteilt wird, noch gerecht?

Gut, darüber kann man ja immer mal reden, dass man den wieder anpasst. Ich kann mich in meinen über 20 Jahren in der Politik nur an eine Anpassung erinnern. Auch das ist sicherlich eine Fragestellung, in der sich die Länder mit dem Bund ins Benehmen setzen müssen. Denn am Ende sind es die Länder, die für die Kommunalfinanzen Verantwortung tragen.

Verschieben Sie damit nicht nur den Schwarzen Peter?

Mir geht da einfach in der Diskussion häufig manches durcheinander. Viele Aufgaben, die der Bund beschlossen hat, sind ja im Einvernehmen mit den Ländern beschlossen worden. Man muss also nicht immer nur sagen: Der Bund, der Bund, der Bund. Ich möchte aber auch noch darauf hinweisen, dass wir innerhalb des letzten Jahres kein zusätzliches Belastungsgesetz für die Kommunen beschlossen haben. Auch wenn das Narrativ ist, es komme immer noch etwas oben drauf: Das ist nicht der Fall.

Die Reformen, die die aktuelle Bundesregierung anpackt, tun weh und nähren die Unzufriedenheit. In Umfragen ist die AfD inzwischen stärkste Kraft, deutlich vor der CDU...

... das kann aber nicht die Begründung dafür sein, dass man sich vor unangenehmen Entscheidungen drückt.

Wie stark beunruhigt Sie denn diese Entwicklung?

Diese Entwicklung beunruhigt mich schon. Gleichzeitig weiß ich aber, dass es mich noch mehr beunruhigen würde, wenn wir uns aufgrund dieser Entwicklung vor notwendigen Reformen wegducken würden. Davon wird ja nichts besser. Und ich kann jedem nur empfehlen, sich nicht nur dem allgemeinen Unmut hinzugeben, sondern sich auch mal mit dem Wahlprogramm der AfD zu beschäftigen. Wenn die Menschen so regiert werden möchten, dann soll's demokratisch so sein. Aber ich bin mir ziemlich sicher, dass den meisten gar nicht bewusst ist, welche dunkle Agenda sie da mitwählen.

Für Sie persönlich hat sich das Arbeitsfeld im Bundestag nach der letzten Wahl ja verändert. Wo engagieren Sie sich gerade besonders?

Ganz besonders engagiere ich mich in der gesamten Fragestellung der Humanitären Hilfe. In der letzten Woche war ich Delegationsleiter unseres Aus-

schusses bei einem Besuch in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten. Da geht es mir schon darum, wie man in diesem Konflikt, der ja zu einem dauerhaften Albtraum wird, noch humanitär helfen kann.

Wir haben alle Facetten dort beleuchtet. Wir haben nicht nur Gespräche in den palästinensischen Gebieten geführt, wir waren auch in der Knesset, haben mit israelischen NGOs (Nichtregierungs-Organisationen, Anm. d. Red.) gesprochen und uns bei den UN-Organisationen informiert. Zudem waren wir auf diesem Nova-Festgelände, wo am 7. Oktober 2023 über 300 junge Menschen abgeschlachtet worden sind von der Hamas, wo man diese tiefe Verletzung spüren kann, aus der heraus Israel so reagiert hat. Bei alldem muss man aber sagen: Das Leid der einen ist durch das Leid der anderen nicht aufzuwiegen.

Geht Ihnen das unter die Haut?

Ja. Es ist schon bedrückend zu sehen, was das mit so einem Land macht. Bei einem Besuch in der Dormitio-Abtei der Benediktiner in Jerusalem haben diese uns auch mal die Situation der Christen beleuchtet. Die Mönche bewegt die tiefe Sorge, dass das Christentum so langsam, aber sicher aus dem Heiligen Land verschwindet. In einem Dorf ausschließlich palästinensischer Christen haben wir gesehen, wie dort ein Exodus stattfindet. Zum einen durch Siedler-Gewalt. Dort fehlen aber auch seit Jahren schon die Pilgerströme, von denen die Menschen auch gelebt haben. Das ist insgesamt schon eine bedrückende Situation.

Sie sind fraktionsintern auch für Kirchen und Religionsgemeinschaften zuständig. Es fällt seit einiger Zeit auf, dass die CDU ihr C wieder stärker entdeckt hat...

... In der Tat. Bundestagspräsidentin Klöckner tut Äußerungen zu Kirche und Politik, auf dem Hessentag gab's eine Diskussion zwischen Bischof und Innenminister und im Kreistag eine Andacht im Advent. Was steht dahinter?

Ich glaube, es steht uns gut an, in einer Zeit, in der alle Menschen nach Identität suchen, uns auch unserer Identität und auch unserer DNA bewusst zu werden. Es ist der Kontrapunkt zu dem, was Populisten anzubieten haben. Wir stehen für Werte, nicht für Populismus.

Also eine ganz bewusste Rückbesinnung?

Für mich ist es der richtige Weg in schwerer Zeit.

Sie sind ja nach wie vor Kreistagsmitglied im MTK und haben sich gerade erneut als Vorsitzender für den Haupt- und Finanzausschuss zur

Verfügung gestellt. Warum tun Sie sich das weiter an?

Das hat für mich nichts mit antun zu tun. Es ist einfach gut, wenn man in seinem Wahlkreis noch im Maschinenraum mitarbeitet. So kriege ich ja dort auch unglaublich viel mit.

Nach dem Kreistag hat auch der Bundestag jetzt Sommerpause. Worauf freuen Sie sich in den kommenden Wochen?

Auf zehn Tage Wandern in Südtirol.

54 Jahre alt wird Norbert Altenkamp am 27. Juli. Der gebürtige Westfale kam 2003 als neuer Bürgermeister von Bad Soden in den MTK. 2017 machte ihn die Main-Taunus-CDU in der Nachfolge von Heinz Riesenhuber zu ihrem Direktkandidaten für den Deutschen Bundestag. Seither hat der Bankkaufmann und Diplom-Volkswirt Altenkamp den Wahlkreis dreimal in Folge gewonnen. Aktuell ist der verheiratete Vater von zwei Kindern Beauftragter der CDU-Fraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Sprecher und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe und gehört dem Fraktionsvorstand an.

BABS